

Das Schweigen der Strom-Bosse



Noch am ehesten versteht man das Schweigen von Frank Mastiaux, dem Vorstandsvorsitzenden der EnBW. Dieses Unternehmen ist (nach dem Rückkauf des Aktienpakets von EdF) praktisch zu 99 Prozent im öffentlichen Besitz. Und da Baden-Württemberg seit 2011 von einer grün-roten Koalition regiert wird, ist sein gestalterischer Spielraum relativ gering. Außerdem mag er das Schicksal seines Vorgängers Utz Claassen im Gedächtnis haben, der nach etlichen Kontroversen mit den Gesellschaftern seinen Job nicht ganz freiwillig aufgeben musste und seitdem nichts Äquivalentes mehr gefunden hat. Auch die Manager von Vattenfall lasse ich aus der Betrachtung, die auf ihre Chefs in Stockholm zu hören haben und sich offensichtlich aus Deutschland zurückziehen wollen.

Schmerzlich vermisst man allerdings den rhetorischen Input von Peter Terium und Johannes Teysen, beides Vorstandsvorsitzende der größten deutschen Energieversorgungsunternehmen RWE und E.ON mit einem addierten Jahresgehalt von 11 Millionen Euro. Sie lassen sich allenfalls gelegentlich in überregionalen Zeitungen zu Einzelthemen ihres Konzerns vernehmen; in den jährlichen Aktionärsversammlungen behaupten sie, voll hinter der Energiepolitik der Bundesregierung zu stehen. In der kritischen medialen Öffentlichkeit lassen sich Terium und Teysen (abgekürzt T+T) vielfach unqualifiziert verdächtigen und beschimpfen, ohne eigene stichhaltige Argumente vernehmbar dagegen zu setzen. Einige Beispiele dafür möchte ich in den folgenden Abschnitten kurz anreißen.

Fehlerhaftes Konstrukt Energiewende

Die sogenannte Energiewende, von der Bundesregierung eingeläutet im März 2011 nach Fukushima und in Gesetze gegossen im Juni des gleichen Jahres ist mißkonstruiert. Die Abschaltung von acht großen Kernkraftwerke geschah

spontan und ohne jegliche Absprache mit unseren EVU-Partnern im europäischen Netzverbund. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mit starker Ausrichtung auf die Nutzung von Wind und Sonne hat viele strukturelle Mängel.

T+T hätten die Bundesregierung öffentlichkeitswirksam darauf aufmerksam machen müssen...

– dass die sofortige Abschaltung von acht Kernkraftwerken (sog. Moratorium) ohne technische Begründung dem Wortlaut des Atomgesetzes entgegensteht und daher gesetzeswidrig war...

– dass das EEG ein reines Subventionsgesetz ohne jeden wettbewerbswirtschaftlichen Anreiz ist und deshalb nicht in das energiewirtschaftliche Konzept der Bundesrepublik passt...

– dass derzeit jährlich 25 Milliarden

an Umlagekosten von den Stromkunden aufgebracht werden muss mit steigender Tendenz...

– dass das Festhalten an der Brennelementesteuer trotz Rücknahme der Laufzeitverlängerung vom Herbst 2010 illegitim war...

– dass der "Flutterstrom" aus Wind und Sonne ohne saisonale Speicher zum erhöhten Einsatz der Kohlekraftwerke und zur Instabilität des Stromnetzes führen musste...

– und, dass alles insgesamt die großen Stromkonzerne in die Nähe des Bankrotts bringen kann.

Dauerthema Entsorgung

Unter Entsorgung versteht man den Rückbau der Kernkraftwerke und die Verbringung der radioaktiven Abfälle in die Endlager. Von den Gegnern der Kernenergie – insbesondere im

Ministerium Gabriel – wird immer wieder unterstellt, dass dies technisch nicht möglich sei, bzw. die finanziellen Mittel dafür nicht ausreichen würden. Beides ist beweisbar falsch. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn von den Manager der Stromkonzerne dies besser kommuniziert worden wäre.

T+T hätten die Bundesregierung öffentlichkeitswirksam darauf aufmerksam machen müssen...

– dass die Verantwortung für die Entsorgung insoweit zweigeteilt ist, als die EVU für den Rückbau ihrer Kernkraftwerke zuständig sind und die Bundesregierung – qua Atomgesetz – für die Bereitstellung der Endlager...

– dass für den Rückbau der Atomkraftwerke hinreichend technische Erfahrungen vorliegen...

– dass aber die Bundesregierung (nach

der voreiligen Aufgabe von Gorleben)
noch kein alternatives Endlager
vorzuweisen hat und...

– dass die rückgestellten 37
Milliarden Euro für die komplette
Entsorgung aus heutiger Sicht voll
ausreichend sind.

Fazit

**Die beiden
Vorstandsvorsitzend
en Terium und
Teyssen von RWE und
E.ON meiden ganz
offenkundig die**

**öffentlichkeitswirk
same Diskussion
ihrer
Angelegenheiten mit
ranghohen
Politikern. Dadurch
entsteht in der
Öffentlichkeit ein
unzutreffendes Bild
über die
Auswirkungen der
Energiewende und**

**des Atomausstiegs.
Zu vielen negativen
Unterstellungen der
Politiker zu
Energiefragen
schweigen sie
einfach. Sie sind
zu Lammfromm. Was
dabei herauskommt
ist: das Schweigen
der Lämmer.**

Übernommen vom

Rentnerblog [hier](#)